

Prof. Dr. Dirk Götschmann:

Unterfranken 1814 – 2014

**Zwei Jahrhunderte gesellschaftlichen Wandels und wirtschaftlichen
Fortschritts**

Vortrag gehalten beim Festakt „200 Jahre Unterfranken in Bayern 1814 bis 2014“

21. März 2014, Neubaukirche in Würzburg

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrter Herr Regierungspräsident, sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident, sehr geehrte Festgäste!

Am 26. Juni 1814 wurden im Großherzogtum Würzburg an allen Amtsgebäuden die Wappentafeln des Großherzogs gegen solche des Königs von Bayern ausgetauscht und den Bürgern kund getan, dass sie von nun an diesem Gehorsam schuldeten. Zwei Tage später wurde auch das Fürstentum Aschaffenburg offiziell in Besitz genommen. Damit war der größte Teil jener Region, die wir heute als Unterfranken kennen, dem Königreich Bayern angegliedert. In den südlich und östlich angrenzenden Gebieten war dies bereits in den zurückliegenden Jahren erfolgt, und 1816 wurden Bayern auch noch einige Landstriche links des Rheines überlassen.

Damit war, in Abwandlung eines bekannten Diktums, zusammengewachsen was bis dahin noch nie zusammen gehört hatte: Ein neuer Staat war entstanden, das Moderne Bayern.

Wir können diesen komplexen Entstehungsprozesses hier nicht näher betrachten. Letztlich entscheidend dafür, dass Bayern in dieser Form entstand, war das politische Kalkül der europäischen Großmächte. Diese wünschten stabile Verhältnisse in der Mitte Europas, weder Österreich noch Preußen sollten daher in Deutschland dominieren, und so sorgten sie dafür, dass die mittleren und kleineren deutschen Territorien erhalten blieben. Als mächtigster dieser Staaten hat Bayern dabei eine besondere Rolle gespielt.

Dass dieses Bayern tatsächlich ein neuer Staat war, zeigte schon ein flüchtiger Blick auf die Landkarte. Als Bayern 1817 jene Kreiseinteilung erhielt, die im Wesentlichen bis heute fortbesteht, umfasste es fünf neubayerische, aber nur drei altbayerische Regierungsbezirke. Bayern hatte damals rund 3,5 Millionen Einwohner, davon waren etwa 1,2 Millionen Altbayern, die übrigen 2,3 Millionen waren Franken, Schwaben und Pfälzer.

Diese „Neubayern“ für den gemeinsamen Staat zu gewinnen war für die Zukunft Bayerns von essentieller Bedeutung. Denn vorgezeichnet war der Erfolg dieser

Staatsgründung keineswegs, auch wenn das altbayerische Kernland eine solide Grundlage bildete. Tatsächlich gab es Zeiten, in denen separatistische Bestrebungen zu einer ernstzunehmenden Bedrohung wurden.

Dass ein Staat mit einer derartig heterogenen Bevölkerung zusammen hält, ist, wie wir wissen, alles andere als selbstverständlich. Ein solcher Zusammenschluss muss selbst dann nicht, wenn er längere Zeit besteht, irreversibel sein. Und wir sehen auch, dass es offensichtlich mehr bedarf als einer mächtigen Zentralgewalt und einer funktionsfähigen Administration, mehr auch als der vielbeschworenen wirtschaftlichen Verflechtungen, um einen solchen Zusammenhalt dauerhaft zu gewährleisten.

Was also hat dieser bayerische Staat seinen Bürgern geboten, dass sie ihn als den ihren akzeptierten? Tatsächlich haben viele Menschen in diesen Staat große Hoffnungen gesetzt. Auch und vor allem hier in Würzburg. Beispielhaft lässt sie dies der Rede entnehmen, mit der Professor Wilhelm Joseph Behr in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der „Harmonie“, der wichtigsten gesellschaftlichen Institution Würzburgs, die obersten Repräsentanten des neuen Landesherrn begrüßte. Hierbei führte er aus:

„Wissen wir zu schätzen den hohen Wert einer Konstitution und wirksamer Landschaft, wie sie nun in Bayern sicher erstehen werden, und ergreifen wir alle Hoffnungen, wozu berechtigt die regste Tätigkeit des Bayerischen Gouvernements in allen Zweigen der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates worin der Niedre und der Hohe unter gleichem Schutz der Gerechtigkeit stehe, und der Hohe wie der Niedre arbeiten und nach Verdiensten ringen muss, wenn er Ämter, Ehre und Auszeichnung haben will.“ Er schloss dann mit den Worten: „Es blühe Bayerisch-Franken und Fränkisch-Bayern, unser eines Vaterland!“

Tatsächlich schien das Königreich Bayern zu diesem Zeitpunkt auf dem besten Weg zu einem Staat, wie ihn sich die Bürger wünschten. Das war vor allem das Verdienst des allmächtigen Ministers Montgelas, der mit Rückendeckung des Königs sein Reformprogramm umsetzte, das die Umwandlung des feudalen Ständestaates in einen Modernen Staat zum Ziel hatte. Dieser Staat basiert auf der im Zuge der Aufklärung gereiften Erkenntnis, dass Herrschaft und Staat Einrichtungen sind, die im Dienst der Gesellschaft stehen. Der Staat kann deshalb niemandes Eigentum sein

oder den Interessen Einzelner dienen. Das gilt auch dann, wenn der Staat eine Monarchie ist. Denn der Monarch ist nur der oberste, wenn auch besonders privilegierte Diener des Staates.

Wir können hier nicht die Ausformung des modernen bayerischen Staates nachverfolgen. So sei nur darauf verwiesen, dass nicht nur das staatliche Gewaltmonopol, eines der wesentlichen Merkmale des Modernen Staates, bereits realisiert war. Auch der Aufbau einer neuen Art von Verwaltung, bestehend aus Staatsdienern, die ausschließlich nach Recht und Gesetz zu handeln haben und deshalb eine gewisse Unabhängigkeit von ihrem obersten Dienstherrn genießen müssen, war schon weit gediehen. Aber es bestanden auch noch erhebliche Defizite. So verfügte der Adel noch über große Privilegien, was gerade in Unterfranken, wo es zahlreiche Adelsherrschaften gab, für Unfrieden sorgte. Von einer Gleichbehandlung aller Bürger war man aber auch in vielen anderen Bereichen noch sehr weit entfernt.

Die Bürger konnten jedoch hoffen, dass auch diese Defizite noch behoben würden. Und diese Hoffnungen wurden 1818 durch den Erlass der Verfassung nochmals bestärkt. Sie wurde nirgends mit größeren Hoffnungen begrüßt als in Unterfranken. Wilhelm Joseph Behr, als Vertreter der Universität Würzburg in das neu geschaffene Parlament gewählt, hielt dort am ersten Jahrestag eine Lobeshymne auf sie und schlug vor, den Verfassungstag zum Nationalfeiertag zu machen. Das aber wurde von der Kammer der Reichsräte, dem bayerischen Oberhaus, als ein Affront gegen den König betrachtet; dessen Geburtstag müsse der alleinige nationale Feiertag bleiben. Ein einziger Reichsrat hat Behr unterstützt: Graf Franz Erwein von Schönborn, eben jener, der bei Gaibach dann die Konstitutionssäule errichten ließ. Dieses Denkmal, das in Altbayern weitgehend unbekannt ist, zeigt, was die Unterfranken an ihrem Staat vor allem schätzten: Dass er eine Verfassung hatte, die den Bürgern die Grundrechte garantierte und politische Mitsprache einräumte.

Als dieses Denkmal 1828 eingeweiht wurde, war die Aufbruchsstimmung längst verfliegen. Es hatte sich gezeigt, dass die Verfassung vor allem aus einem Grund erlassen worden war: Um den Staatsbankrott des Königreichs zu verhindern. Die Kriege und Gebietserwerbungen hatten zu einer hohen Staatsverschuldung geführt, die bei ihrer Offenlegung 1819 auf rund 110 Millionen Gulden beziffert wurden. Dem standen jährliche Staatseinnahmen von weniger als 30 Millionen gegenüber. Damit entsprach die Schuld fast dem Vierfachen des Haushaltsvolumens. Das ist nahezu

das gleiche Verhältnis von Staatschuld und Staatseinnahmen, wie es 2011 in Griechenland bestand (Schulden 355,8 Mrd., Staatseinnahmen 87,9 Mrd.).

1817 wurden die bayerischen Staatspapiere nur mehr zur Hälfte ihres Kurswertes gehandelt. Um seine Kreditwürdigkeit wiederherzustellen, musste der Staat garantieren, dass er seinen Verpflichtungen nachkam. Dazu gab es aber nur einen Weg: Der Steuerzahler musste die Staatsschulden als solche anerkennen und sich bereit erklären, die Mittel für Verzinsung und Tilgung aufzubringen. Dazu aber musste man eine Repräsentation des Steuerzahlers einrichten und dieser substantielle Mitsprache in Sache Staatsfinanzen einräumen.

Im Übrigen aber diente die Verfassung vor allem der Absicherung des Status Quo. Und da allein dem König die Initiative zu einer Verfassungsänderung zustand, wurden die bestehenden Verhältnisse damit für die nächsten Jahrzehnte zementiert. Auch und vor allem auf sozialem Gebiet.

Viele Menschen aber lebten in Umständen, die mit dem heute viel gebrauchten Begriff „prekär“ entschieden zu positiv umschrieben wären. Denn kaum dass sich die Lebensverhältnisse nach zwei Jahrzehnten ständiger Kriege zu normalisieren begonnen hatten, kam es 1816 zu einem nahezu vollständigen Ausfall der Ernte und in der Folge zu einer ganz Europa erfassenden Hungerkatastrophe. Nach deren Überwindung gingen dann die Preise für Agrarprodukte stark und dauerhaft zurück, mit der Folge, dass die Kaufkraft eines großen Teils der Bevölkerung erheblich sank und mit ihr die Nachfrage nach gewerblichen Produkten und Dienstleistungen. Die Folge war eine langandauernde wirtschaftliche Flaute.

In Unterfranken wurde diese ungünstige Entwicklung durch politische Faktoren verstärkt. Da sich sowohl Bayern wie seine Nachbarstaaten durch hohe Zollschränken abschotteten, ging der hier vormals so wichtige Außen- und Transithandel stark zurück; dafür bot auch der freie Zugang zum bayerischen Binnenmarkt keinen Ausgleich. Um das Haushaltsdefizit abzubauen erhöhte der Staat zudem Zölle, Steuern und Abgaben. In Unterfranken wurde dabei als neue Steuer die Biersteuer eingeführt, deren Ertrag zur Tilgung der Staatschuld verwendet wurde. Die Staatsschulden des vormaligen Großherzogtums aber wurden von Bayern nicht übernommen, sondern mussten allein von Unterfranken verzinst und getilgt werden.

Es kann daher nicht verwundern, dass hier die Unzufriedenheit wuchs und allmählich in Widerstand überging. Auf dessen erste große Manifestation, das Gaibacher Fest 1832, reagierte die Staatsführung mit gnadenloser Repression. Vor allem Würzburg und Wilhelm Joseph Behr, seit 1821 dessen Bürgermeister, bekamen dies zu spüren. Behr wurde zu unbegrenzter Festungshaft verurteilt und blieb bis 1847 inhaftiert. Die Stadt aber wurde durch Verlegung des Appellationsgerichts nach Aschaffenburg bestraft, wodurch sich das ohnehin problematische Verhältnis zwischen diesen beiden Zentren Unterfrankens weiter verschlechterte. Auch die Umbenennung des bisherigen Untermainkreises in „Unterfranken und Aschaffenburg“ 1838 konnte man in Würzburg durchaus als Affront interpretieren.

Kein Wunder also, dass die revolutionäre Bewegung 1848 in Unterfranken besonderen Widerhall fand. Und als die bayerische Regierung im Frühjahr 1849 der von der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt verabschiedeten Verfassung die Zustimmung versagte und mithalf, einen deutschen Nationalstaat zu verhindern, entstand in Unterfranken eine breite Bewegung gegen die Regierung und für eine Einigung Deutschland unter Einbezug Bayerns.

Als dieser Wunsch 1871 schließlich in Erfüllung ging hatten sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse tiefgreifend verändert. Denn in der Zwischenzeit hatte die Industrialisierung auch Deutschland erfasst. Die Agrargesellschaft wandelte sich zur Industriegesellschaft, und zwischen diesen liegen geradezu Welten. Eine Agrargesellschaft muss ihr produktives Potential nahezu ausschließlich zur Produktion von Nahrungsmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern einsetzen, für andere Zwecke stehen deshalb nur geringe Mittel zur Verfügung. Mit der Industrialisierung nahm das produktive Potential aber derartig zu, dass die Gesellschaft einen immer geringeren Teil davon zur Existenzsicherung einsetzen musste. Immer mehr floss nun in die Produktion von Sachgütern und Dienstleistungen. Gleichzeitig gingen durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes, der Wasserstraßen und der Dampfschiffahrt die Transportkosten stark zurück; damit fiel das wichtigste Handelshemmnis weg, denn wegen der hohen Transportkosten war der Absatz vieler Waren bisher auf den regionalen Markt begrenzt.

Damit aber veränderten sich die Rahmenbedingungen des gesamten Wirtschaftslebens. Jetzt entschieden vor allem die Herstellungskosten und die Qualität, ob sich ein Produkt am Markt durchsetzte und behauptete. Und dieser Markt

erweiterte sich mit dem rasanten Ausbau der modernen Verkehrs- und Kommunikationsmittel noch im 19. Jahrhundert zum Weltmarkt. Die Folge war ein enormes Wachstum von Gewerbe, Industrie und Dienstleistungen, die so in der Lage waren, auch einer nun stark wachsenden Bevölkerung Arbeit und Brot zu verschaffen.

Größter Nutznießer dieser Entwicklungen war der Staat. Dessen Einnahmen wuchsen proportional zur Wirtschaft, und so konnte er immer mehr Funktionen übernehmen; auch solche, die vordem die Gesellschaft selbst oder andere Institutionen wahrgenommen hatten. Das kam zwar vielen Bürgern zugute, hat aber auch deren Abhängigkeit vom Staat verstärkt.

Und dieser Staat hat sich wesentlich verändert. Denn der dem Bürger verpflichtete Staat, das Ideal der Aufklärer, mutierte zum Nationalstaat, und dieser steht nicht im Dienst der Gesellschaft, sondern der Nation. Und Dank der großen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Gesellschaft standen diesem Staat gewaltige Mittel, nicht zuletzt auch solche militärischer Art, zur Verfügung.

Dieser Wandel hatte weitreichende Folgen auch für das Verhältnis von Unterfranken und Bayern. Denn alle Versuche der bayerischen Staatsführung, ein bayerisches Nationalbewusstsein zu konstituieren, waren in Franken und speziell in Unterfranken auf Unverständnis und Ablehnung gestoßen. Auch die Präsenz der herrschenden Dynastie gerade in Würzburg und Unterfranken hat daran wenig ändern können. Hier verstand man sich zwar als bayerischer Staatsangehöriger, im Übrigen aber war man fränkisch und deutsch. Anders als in Altbayern, wo die katholische Bevölkerung dem protestantisch dominierten Reich mitunter reserviert gegenüberstand, wurde die Reichsgründung deshalb in Unterfranken zumeist rückhaltlos begrüßt, obwohl auch dieses Land stark katholisch geprägt war.

Verstärkt wurde diese reichsfreundliche Einstellung durch den wirtschaftlichen Aufschwung in den folgenden Jahrzehnten, auch wenn zwischen beiden kein ursächlicher Zusammenhang bestand. Die Grundlage dafür war schon mit der Bildung des Deutschen Zollvereins 1834 geschaffen worden, mit der Unterfranken freien Zugang zum deutschen Binnenmarkt erhielt. Erkennbar in Schwung kam die wirtschaftliche Entwicklung Unterfrankens nach dessen Anschluss an das deutsche Eisenbahnnetz, der allerdings relativ spät, nämlich ab 1852 erfolgte. Damit begann

auch hier ein Wirtschaftswachstum von bisher unbekanntem Dimensionen. Denn mit der Zunahme der Arbeitsplätze in Gewerbe, Industrie, Handel und Verkehr erfolgte ein starker Anstieg der Kaufkraft der Bevölkerung und damit der Binnennachfrage, was der gesamten Wirtschaft zugutekam. Die Industrialisierung verursachte daher auch keinen Schwund an Arbeitsplätzen in den kleineren Gewerbebetrieben; diese nahmen sogar zu und so bildete der Mittelstand auch weiterhin ein Charakteristikum der unterfränkischen Wirtschaft.

Auch nach seiner Eingliederung in das Kaiserreich verfügte Bayern noch über wichtige Kompetenzen vor allem im sozial- und kulturpolitischen, aber auch im wirtschaftlichen Bereich. Darüber, wie diese genutzt wurden, entschieden vor allem die Ministerialbürokratie und das Parlament. In beiden aber waren Unterfranken bestens vertreten. Über 14 Prozent der Ministerialbeamten des Königreichs kamen aus Unterfranken, aus ganz Franken sogar 37 Prozent. Noch größer war der Anteil der Franken an den Ministern. Mit 36 Ministern stellten sie fast die Hälfte derjenigen, die während der Monarchie ein solches Amt versahen; und von diesen 36 wiederum kamen 17 aus Unterfranken. In den Jahren 1870 und 1871 leiteten Unterfranken sogar vier Ministerien: das Innen-, Finanz-, Justiz- und Kultusministerium.

Seit der Eingliederung Bayerns ins Kaiserreich waren aus Unterfranken kaum mehr Stimmen mehr zu vernehmen, die sich ernsthaft gegen die Zugehörigkeit zu Bayern ausgesprochen oder gar eine Loslösung davon gefordert hätten. Dass Bayern von den Unterfranken als ihre politische Heimat akzeptiert wurde, hatte somit zwei Voraussetzungen: Die erste war die Integration Bayerns zunächst in den deutschen Wirtschaftsraum und dann in den deutschen Nationalstaat. Das erklärt, warum Parolen wie „Bayern kann es auch alleine“ in Unterfranken auf kein Verständnis stoßen. Die zweite aber war eine angemessene Berücksichtigung unterfränkischer Interessen bei der Formulierung und Umsetzung der bayerischen Politik; und dafür sorgten sie selbst, und dies sehr erfolgreich.

Mit dem Ersten Weltkrieg brach diese trotz mancher Einschränkungen grundsätzlich positive Entwicklung ab. Auch der bereits weit fortgeschrittene Globalisierungsprozess wurde damit beendet, er kam erst nach Überwindung der Spaltung der Welt in zwei gegensätzliche ideologische Lager Ende der 1980er Jahre wieder Gang.

Erst nach bitteren Erfahrungen, zwei verlorenen Kriegen und einer menschenverachteten Diktatur erkannte die Gesellschaft, dass sie mit der Vergötterung von Nation und Volk einen Irrweg eingeschlagen hatte. Diese Einsicht prägte die Rekonstruktion von Staat und Gesellschaft in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.

In diesem Geiste erfolgte auch die Wiederherstellung des bayerischen Staates, den die Nationalsozialisten 1934 beseitigt hatten. Wie ehemals bestand er aus den Regierungsbezirken, ausgenommen die Pfalz. Da das ganze rechtsrheinische Bayern zur amerikanischen Besatzungszone gehörte, bestand auch keine Gefahr der Abtrennung einzelner Teile. Erst als man im Grundgesetz die Möglichkeit einer politischen Neueinteilung des Bundesgebietes vorsah, gab es Befürchtungen in dieser Richtung, die gerade auch Unterfranken betrafen. Im bayerischen Landtag wurde nun darüber nachgedacht, ob man den Schwaben und Franken nicht eine größere Selbstständigkeit als bisher einräumen müsse. Denn das „Selbstgefühl dieser früher in München etwas zu zentralistisch behandelten fränkischen und schwäbischen Gebietsteile habe sich inzwischen stark gehoben.“ (Hoegner im Landtag am 27.1.1949). In diesem Zusammenhang ist es auch zu sehen, dass man nun Aschaffenburg eine eigene Industrie- und Handelskammer zugestand. Damit trug man der Tatsache Rechnung, dass die Wirtschaft des Unterraumes eigenständig und stark in Richtung Westen orientiert war.

Eine Loslösung Unterfrankens von Bayern war jedoch auch damals nie eine ernsthafte Option. Die Unterfranken hielten vielmehr an dem Konzept fest, das sich schon im Königreich bewährt hatte: Sie beteiligten sich auf allen Ebenen und höchst aktiv an der Gestaltung und Umsetzung bayerischer Politik. Und auf diese Art haben sie die Entwicklung Bayerns von 1945 bis heute nachhaltig beeinflusst.

Es würde den Rahmen dieses Vortrages völlig sprengen, wollte ich auch nur die wichtigsten aus Unterfranken stammenden Persönlichkeiten und ihre Leistungen aufzählen. Aber an eine Persönlichkeit muss ich erinnern, denn sie hat hier von Würzburg aus und so nachhaltig wie niemand sonst den Kurs der bayerischen Politik der Nachkriegszeit beeinflusst. Und das, obwohl sie noch im Jahr 1945 starb.

Adam Stegerwald, 1874 als Sohn eines Bauern im unterfränkischen Greußenheim unfern Würzburg geboren, gelernter Schreiner, hat zunächst die christlichen

Gewerkschaften mitbegründet, stieg dann in der Weimarer Republik zu einem der einflussreichsten Politiker des Zentrums auf, war Ministerpräsident von Preußen und wiederholt Reichsminister. Bereits 1933 aller Funktionen beraubt kehrte er 1944 an seinen Geburtsort zurück. Da er den Amerikanern als Gegner der Nationalsozialisten bestens bekannt war übertrugen sie im Mai 1945 dem nun 71-jährigen das schwierige Amt des Regierungspräsidenten von Unterfranken.

Mit unglaublicher Energie hat sich Stegerwald in den folgenden Wochen und Monaten für die Bildung einer die Konfessionsgrenzen überschreitenden christlich-konservativen Partei engagiert. Am 21. August 1945 hielt er in Würzburg eine vielbeachtete programmatische Rede, in der zur Gründung einer Partei aufrief, „die die Verbindungsbrücke schlägt zwischen der Arbeiterschaft und der landwirtschaftlichen Bevölkerung sowie zwischen den Konfessionen. In dieser Partei haben Arbeiter und Bauern das Fundament zu bilden. Auch dem Handwerk und dem städtischen Bürgertum ist in der Partei ein angemessener Platz einzuräumen. Als Prellböcke und als Klammern sind das intellektuelle Element und die Jugend stark heranzuziehen und in diese Brücke einzubauen.“ Auch die Bezeichnung „christlich-sozial“ für diese Partei ist seine Idee. Der Begriff „Union“ dagegen stammt von seinem engagiertesten Mitstreiter, dem Oberfranken Joseph Müller, der so den Protestanten eine Brücke bauen wollte. Stegerwalds Konzept stieß bei den konservativen Kräften Altbayerns auf heftige Ablehnung; hier überlegte man damals, ob man nicht auf Franken verzichten und mit Österreich zusammen einen süddeutschen Staat bilden sollte. Sie alle wissen aber, dass und mit welchem Erfolg sich Stegerwalds Konzept schließlich durchgesetzt hat.

Ich möchte Ihre Geduld nicht länger strapazieren, ein Festakt ist keine Vorlesung, und so breche ich meine Ausführungen hier ab. Auch wenn mir bewusst ist, dass noch Vieles zu sagen wäre zum Thema 200 Jahre Unterfranken und Bayern. Aber ich denke, auch so dürfte hinreichend deutlich geworden sein, dass einerseits Bayern ohne Unterfranken nicht das wäre, was es heute ist, und dass andererseits die Unterfranken sehr genau wissen, was sie an Bayern haben, das längst ihre politische Heimat geworden ist.